Ich halte trotzdem das Petitum aufrecht. Es ist bis heute nicht möglich, die von Besier veröffentlichten Quellentexte sozusagen wieder aufzufinden, wenn man gerne nachsehen möchte, ob der Wortlaut stimmt, wie er wiedergegeben worden ist. Das Zweite, die Frage, ob es politische oder grundsätzliche Widerstände gegeben hat im Blick auf die mehr wissenschaftliche, systematische Aufarbeitung. Das muß ich verneinen. Hat es nicht gegeben. Es hat allerdings Überlegungen gegeben, ob die Arbeitsgemeinschaft der Kirche zur Zeitgeschichte in ihrer Zusammensetzung und Arbeitsweise tatsächlich schnell in der Lage sein wird, darauf zu reagieren. Das haben Sie selber zu einem Teil ja schon mit dargestellt. Die hat ja einen ganz anderen Arbeitsschwerpunkt bislang gehabt, wird jetzt auf diesem neuen Arbeitsschwerpunkt mit einsteigen. Bedeutet aber personell und strukturell und in den sonstigen Überlegungen doch eine ziemliche Veränderung. Und es war natürlich auch die Frage, soll man es gleich auf diese hohe, wissenschaftliche Ebene heben, oder braucht man nicht etwas schneller auch etwas mehr für den täglichen Gebrauch abzielende Publikationen. Und die andere Überlegung: Müßten nicht diejenigen, die sozusagen unmittelbar dran und betroffen sind, die Gelegenheit haben, sich zu diesen Fragen zu äußern? Im Resultat hat es eben dazu geführt, daß einerseits, wie ich sagte, die Arbeitsgemeinschaft das machen wird, andererseits es aber auch eine Arbeitsgruppe geben wird aus der früheren Konferenz der Kirchenleitungen und was damit zusammenhängt, um sich diesen Dingen zuzuwenden.

Vorsitzender Eppelmann: Herzlichen Dank. In besonderer Weise den sieben Initiativen, die sich hier vorgestellt haben und zu Rückfragen bereit gewesen sind. Wir treten jetzt in eine ganz kurze Pause ein.

Wie angekündigt, möchte ich gerne mit der Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität beginnen. Bitteschön.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat, Frau Sasse: Mein Name ist Sasse, ich bin Studentin an der Universität. Ich würde gern etwas zur Arbeitsweise der Gruppe sagen. Die ist sicherlich einfacher als die Arbeitsweise von Bürgerkomitees oder von sehr allgemeinen Einrichtungen, weil die Universität doch ein sehr in sich geschlossenes System ist. Es ist überschaubar und eine Reihe der Leute, die zu befragen wären, sind noch an der Universität. Seit 1990 existieren an der Humboldt-Universität eine Ehrenkommission und eine Rehabilitierungskommission. Die Ehrenkommission arbeitet auf Antrag einzelner Kommissionen oder auf Antrag universitärer Institutionen und führt primär Gespräche mit Personen, über die ein Endbescheid der Gauckbehörde vorliegt. Die Rehabilitierungskommission funktioniert etwas anders. Sie arbeitet auf Antrag der Betroffenen. Hier werden politisch und wissenschaftlich benachteiligte Angehörige oder ehemalige Studierende der Universität gehört. Bisher gab es 200 Gespräche in der Rehabilitierungskommission. Aber, man-

gels eines Rehabilitierungsgesetzes kann ihnen bisher praktisch nicht geholfen werden. Den Leuten wird mitgeteilt, daß sie rehabilitiert sind, ohne daß für die Praxis etwas daraus folgt. Die Erfahrungen sowohl der Ehrenkommission als auch der Rehabilitierungskommission legen die Vermutung nahe, daß an der Universität Machthierarchie bestanden haben, die man über Einzelfallprüfungen schlecht recherchieren kann. Auf Veranlassung von Studenten hat die Universitätsleitung im Frühsommer ’91 ein Schreiben an die Gauckbehörde gerichtet mit der Bitte um Einsicht in alle Sach- und Vorgangsakten, die die Universität betreffen. Anfang Januar ’92 gab es zwischen Studenten und dem Bundesbeauftragten, Herrn Gauck, einen Gesprächstermin, und ab Januar 1992 hat unsere Arbeitsgruppe Einsicht sowohl in Sach- und Vorgangsakten als auch in personenbezogene Akten. Die Betreuung der Arbeitsgruppe wird durch die Abteilung Bildung und Forschung, speziell durch eine Mitarbeiterin realisiert. In der Arbeitsgruppe arbeiten zehn Studenten aus verschiedenen Fachbereichen sowohl naturwissenschaftlicher als auch geisteswissenschaftlicher Art. Unsere Finanzierung sieht sehr trocken aus. Sie kennen ja sicherlich die finanzielle Situation der ostdeutschen Universitäten und Hochschulen. Für zehn Studenten stehen zwei projektorientierte Plätze von je 400,– DM im Monat zur Verfügung. Unsere Sachkosten gehen fast gegen minus unendlich, weil da überhaupt nichts vorhanden ist. Wöchentlich gibt es eine feste Zusammenkunft, sonst arbeiten wir einzeln oder in kleinen Gruppen in der Behörde an den Akten selbst. Zum Arbeitsgebiet ist folgendes zu sagen. Bevor wir Akteneinsicht hatten, stand schon eine Reihe von Themenkomplexen fest, die teilweise fächerübergreifend, aber teilweise auch fächerspezifisch sind. Zu den Themenkomplexen gehören Fragen nach den allgemeinen Strukturen einer Universität ebenso wie nach Forschungsleistungen des einzelnen Faches für das MfS. Außerdem ist für uns die Verbindung zu Blockparteien und Massenorganisationen interessant, und eine weitere Frage, die ich bis hierher von anderen Gruppen leider vermißt habe, ist: Wie haben sich die Leute an der Universität, die nicht Täter waren, in die für sie konstruierten Machtstrukturen eingefügt und wie sehen sie die heute? Die Bearbeitung der Themenkomplexe kann nicht losgelöst von Personen betrachtet werden. Die Zusammenarbeit funktioniert primär immer universitär mit den schon genannten Kommissionen, mit der Ehrenkommission, mit der Rehabilitierungskommission. Zielgruppe der Arbeit soll primär die Universitätsöffentlichkeit sein, um die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen und politischen Vergangenheiten zu qualifizieren. Die Zielgruppe darüber hinaus ist durchaus auch eine breitere, speziell Berliner Öffentlichkeit. Zu den Besonderheiten dieser Universität ist einiges zu sagen. Die Humboldt-Universität war eine der exponiertesten und stand darüber hinaus in der geteilten Stadt Berlin und war deshalb für Blockparteien, Massenorganisationen, für die SED und auch für das MfS sehr interessant. Eine Reihe von Fächern gab es nur an der Humboldt-Universität, sonst nicht in der DDR, wie z. B. die Sektion Kriminalistik und das Institut

für Sozialtherapie. Eine hohe Zahl von Diensteinheiten des MfS hat an der Universität gearbeitet, da sie halt auch eine Forschungseinrichtung war. Gegenwärtig scheint die Humboldt-Universität die am besten aufgearbeitete Hochschule durch die Gauckbehörde zu sein. Durch die Nichtabwicklung, also durch die verhinderte Pauschalbehandlung des Personals, ist eine ziemlich gute Auseinandersetzung mit einzelnen Fällen über die Ehrenkommission ermöglicht worden. Ich will aber noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir die Erfahrung gemacht haben, daß die IM-Tätigkeit durchaus ein gesamtdeutsches Problem ist, da jetzt die ersten Erkenntnisse über die Freie Universität in der Presse aufgetaucht sind. Zu den genutzten Dokumenten der Gauck-Behörde gebe ich das Wort an Frau Labrens-Weiß weiter, die in der Abteilung Bildung und Forschung tätig ist.

Frau Labrens-Weiß: Ich bin in der Gauck-Behörde seit mehr als einem Jahr beauftragt, als Sonderrechercheurin die Unterlagen der Humboldt-Universität aufzuarbeiten. Seit Januar ’92 bin ich wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung. Im letzten Jahr habe ich eine Studie erarbeitet zu dem Thema „Einfluß des MfS auf das Hochschulwesen am Beispiel der Humboldt-Universität“. Diese Studie umfaßt circa 70 Seiten. Ich habe fast alle Akten gelesen, die sich in der Bezirksverwaltung Berlin befinden. Im ersten Teil konnte ich im groben erste Strukturen des MfS an der Humboldt-Universität erarbeiten. In dem zweiten Teil der Studie befasse ich mich mit der Analyse der Recherche, den Ergebnissen aus der Überprüfung von 780 Professoren und Dozenten nach verschiedenen Kriterien.

Fortsetzung Frau Sasse: Zu weiteren Dokumenten ist zu sagen, daß wir Entwicklungskonzeptionen der Universität mit beachten, wie z. B. Kaderentwicklungspläne oder Nomenklaturordnungen, die uns zugänglich sind. Es finden Gespräche mit Betroffenen beider Seiten statt, beispielsweise mit ehemaligen relegierten Studenten und entlassenen Mitarbeitern. Es finden ebenso Gespräche mit ehemaligen Funktionären der zuständigen Ministerien und der SED sowie der ehemaligen FDJ innerhalb der Universität statt. Unsere Öffentlichkeitsarbeit bezieht sich primär auf die Universität. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe finden teilweise öffentlich statt. Wir haben eine sehr, denke ich, streng gehaltene Arbeitsordnung, da wir z. T. auch Akten lesen von Leuten, die gegenwärtig noch in der Universität sind. Betroffenengespräche finden öffentlich statt, also Befragungen von Funktionären, von repressiv behandelten ehemaligen Mitarbeitern und Studenten. Die Medien haben zumindest im Berliner Raum sehr großes Interesse gezeigt, besonders die Presse und der Rundfunk. Und die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt immer anhand dieser Arbeitsrichtlinien, die wir haben. Zur Bedeutung der Aufarbeitung ist zu sagen, daß die wissenschaftlichen Aspekte der Geschichte der Universität eigentlich nur seriös gesehen werden können, wenn man sich der Geschichte vielschichtig zuwendet und auch differenziert. Wir haben die Erfahrung ge-

macht, daß die hinzugezogenen Akten Zeitzeugen sind, also historische Quellen, die geschichtlich, soziologisch und psychologisch eingeordnet werden müssen und können, und daß eine direkte Verwendung auch Gefahren in sich birgt. Die an der Universität jetzt zu treffenden strukturellen und personellen Entscheidungen müssen mit Sachkenntnis getroffen werden, wie z. B. die Schließung belasteter Fächer oder die Entscheidung über Kündigung und Weiterbeschäftigung von Personen. Der Ausschluß von Erpreßbarkeiten ist sicherlich eher eine Sache der Ehrenkommission, spielt aber in die Arbeit unserer Arbeitsgruppe auch mit hinein. Primär, denke ich, ist es auch an uns, Rehabilitierungsfälle zu beschleunigen und zu unterstützen. Sowohl eine materielle als auch eine ideelle Rehabilitation ist an einer Universität bisher kaum möglich, weil Gesetze fehlen. Ein Rehabilitierungsgesetz gibt es nicht, und die materiellen Möglichkeiten der Universität sind sehr begrenzt.

Rehabilitierungskommission ehem. Einrichtungen gem Art. 36 EV, Silvia Müller: Mein Name ist Silvia Müller. Ich spreche hier gleich für zwei Projekte im Medienbereich, die sich mit der Aufarbeitung sowohl der Geschichte und Struktur wie auch der gesellschaftlichen und individuellen Folgen der SED-Diktatur befassen. Die erste Initiative ist die Rehabilitierungskommission der ehemaligen Rundfunkeinrichtung gemäß Artikel 36 des Einigungsvertrages. Sie bildete sich auf Veranlassung des Hörfunkrates, dessen Mitglied ich war, bereits im Frühjahr 1990, also kurz nach Konstituierung der frei gewählten Volkskammer der DDR, im inzwischen veränderten DDR-Rundfunk. Auch durch Beteiligung der Redakteurs- und künstlerischen Räte sowie durch Einflußnahme neu entstandener demokratischer Parteien im Funkhaus Berlin-Nalepastraße wurde die in diesen Tagen amtierende Generalintendanz dazu veranlaßt, der Einrichtung einer Rehabilitierungskommission zuzustimmen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten. Seit ihrer Gründung sieht die Rehabilitierungskommission ihren besonderen Auftrag darin, politische Unrechtsentscheidungen und Repressionen aufzuklären, die gegen Journalisten, Künstler und andere Rundfunkmitarbeiter in 40 Jahren autoritärer Medienpolitik des SED-Staates verhängt wurden, wenn sie sich seinen Doktrinen verweigert hatten. Als die Rehabilitierungskommission im Mai 1990 ihre Arbeit aufnahm, gab es noch die Illusion, daß auch die Täter – die Verantwortlichen für die unterschiedlichen Repressionen, von der fristlosen Entlassung bis zur Strafverfolgung – an den Beratungstisch geholt werden könnten. Die begrenzten juristischen Befugnisse der Kommission verhinderten dies leider, und in der Mehrzahl waren die Verantwortlichen auch schon nicht mehr Mitarbeiter im Rundfunk. In Anhörungen und durch zusätzliche Recherchen in Personalunterlagen und internen Aktennotizen wurden und werden Rehabilitierungsanträge Betroffener geprüft. Erwiesene berufliche Benachteiligung oder Ausgrenzung, Berufsverbote, ungerechtfertigte Entlassungen und dergleichen werden in Erklärungen dokumentiert, um so das in der Öffentlichkeit geschä-